



Nr. 7

20. Februar 2013

## Inhalt

[Warnstreik und Protestkundgebung der Landesbeschäftigten im Saarland](#)

[dbb: Chance auf Einigung in letzter Runde nicht verspielen+++  
Tarifverhandlungen erneut vertagt – Russ: Warnstreiks werden Arbeitgebern Druck machen+++](#)

[dbb: Familienfreundlichkeit in der Arbeitswelt muss besser geregelt werden+++](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[dbb rheinland-pfalz im Gespräch mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer+++](#)

[NBB von Koalitionsvertrag enttäuscht – Nachbesserungen gefordert+++](#)

[Neues Gleichstellungsgesetz für Thüringens Verwaltung verabschiedet+++](#)

[dbb berlin: Senat muss Funktionsfähigkeit der Verwaltung sichern+++](#)

[Steuer-Gewerkschaft schlägt Maßnahmen gegen globale Steuertrickser vor+++](#)

[DPVKOM: Wir brauchen wirksame Lohnuntergrenzen+++](#)

[VBE nennt Umgang mit Missbrauchsoptionen „skandalös“+++](#)

[Philologenverband kritisiert Unehrllichkeit bei](#)

[Sitzenbleiber-Debatte+++](#)

[BLBS fordert: Berufliche Schulen einbeziehen+++](#)

[VDR für Erhalt der Pflichtwiederholung als pädagogische Option+++](#)

[BDF zeichnet Solling als Waldgebiet des Jahres aus+++](#)

## [Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## Warnstreik und Protestkundgebung der Landesbeschäftigten im Saarland dbb: Chance auf Einigung in letzter Runde nicht verspielen

**(dbb) Mit landesweiten Warnstreiks vor allem in Landesverwaltungen, Autobahn- und Straßenmeistereien und Universitätskliniken haben Beschäftigte im öffentlichen Dienst des Saarlandes am 20. Februar 2013 ihre Aufforderung an die Arbeitgeber untermauert, in der letzten Verhandlungsrunde am 7. März 2013 in Potsdam endlich ein konstruktives Angebot auf den Tisch zu legen.**

Die Aktionen sind Teil der bundesweiten Proteste, zu denen die Gewerkschaften die Landesbeschäftigten aufgerufen haben. „Die Blockadehaltung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) in den ersten zwei Verhandlungsrunden lassen wir uns im dritten Anlauf nicht mehr bieten“, sagte Siegfried Damm, Bundesvorsitzender des Verbandes Deutscher Straßenwärter im dbb, auf der Protestkundgebung auf dem Tbilisser Platz in Saarbrücken vor mehr als 1.500 Demonstranten. „Unsere Forderungen sind seit einem Vierteljahr bekannt. In Potsdam wollen wir nun mehr als ein Angebot - nämlich einen Abschluss und zwar einen, der diesen Namen auch verdient“, machte Damm klar. Die Chance auf eine Einigung sollte nicht verspielt werden. „Für Krankenschwestern und Straßenwärter sind 6,5 Prozent mehr Einkommen und eine soziale Komponente ganz wichtig, weil das Leben immer teurer wird. Lehrerinnen und Lehrer wollen endlich eine Eingruppierung für ihre Tätigkeit, Auszubildende verlässliche Übernahmeregeln. Steuer-, Polizei- und Kommunalbeamte erwarten eine Übertragung des linearen Tarifergebnisses“, so

Damm. Diese Forderungen seien nicht nur fair, sondern auch überfällig. „Mit guter Arbeit sind wir längst in Vorleistung gegangen. Jetzt sind die Arbeitgeber am Zug.“ Die Einkommen im öffentlichen Dienst der Länder dürften nicht hinter denen bei Bund und Kommunen zurückbleiben. Auch in den Ländern könne der öffentliche Dienst seine Verpflichtungen nur mit ausreichendem, motiviertem und ordentlich bezahltem Personal erfüllen.

Auch Ewald Linn, Landesvorsitzender des dbb saar, kritisierte die Arbeitgeber, die immer nur auf Schuldenbremse und Altschuldentilgung hinwiesen. „Starke Länder gibt es nur durch faire Löhne“, sagte Linn und erinnerte daran, dass alle Beschäftigten, Arbeitnehmer, Beamte und Versorgungsempfänger in diesem Land in der Vergangenheit ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet hätten. Linn forderte die Landesregierung auf, sich in der TdL für ein Ende der Verweigerungshaltung der Arbeitgeber einzusetzen.  
(01/07/13)

## Tarifverhandlungen erneut vertagt – Russ: Warnstreiks werden Arbeitgebern Druck machen

**(dbb) Mit Warnstreiks werden die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder den Druck auf die Arbeitgeber erhöhen, nachdem diese auch in der zweiten Runde der Tarifverhandlungen am 14. Februar 2013 in Potsdam kein Angebot vorgelegt hatten. Der dbb Verhandlungsführer Willi Russ sagte am 15. Februar der Nachrichtenagentur dpa: „Vor allem in der ersten Märzwoche werden wir eine große Zahl von Warnstreiks organisieren. Da wird zum Beispiel in Sachsen viel Unterricht ausfallen, in Nordrhein-Westfalen der Krankenhausbetrieb beeinträchtigt, in Bayern wird die Steuerverwaltung protestieren und in Baden-Württemberg werden die Autobahnmeistereien bestreikt.“**

Die Arbeitgeber sollten beim Start der dritten Verhandlungsrunde, die für den 7. März vereinbart ist, den Protest spüren, so Russ weiter. Die Angestellten der Länder verlangten einen angemessenen Einkommenszuwachs, sagte Russ. „Sie lassen sich nicht als Beschäftigte zweiter Klasse abspeisen.“

Bereits am Vortag hatte der dbb Verhandlungsführer die Verweigerungshaltung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) scharf kritisiert: „Diese Nachricht wird zu Verärgerung und Protesten bei den Kolleginnen und Kollegen führen. Zwei Verhandlungsrunden ohne Angebot und ständig nur der Hinweis auf die leeren Staatskassen, das ist zu wenig.“

Wir sind doch keine Bittsteller!“ Russ weiter: „Die Beschäftigten haben ihre schwierige eigene Haushaltssituation im Hinterkopf und verlangen zu recht Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung.“ Vor der nächsten Runde werde es deshalb Warnstreiks und Protestaktionen geben. „Eine andere Wahl lassen die Arbeitgeber uns ja gar nicht. Eines ist klar, ohne Behinderungen und Zumutungen für die Bürgerinnen und Bürger wird das nicht abgehen. Dafür bitten wir schon heute um Verständnis.“

Der dbb Verhandlungsführer hob besonders das zentrale Problem der weiter fehlenden Grundtarifizierung für die angestellten Lehrer hervor. Russ: „Die Bezahlungswillkür im Lehrerbereich muss weg. Für manche Landesregierungen scheint Bildung nur noch eine Kostenstelle zu sein. Für uns ist Bildung gesellschaftlicher Auftrag und eine faire Bezahlung

der Lehrerinnen und Lehrer eine Selbstverständlichkeit.“

#### Hintergrund:

In den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder fordert der dbb eine lineare Erhöhung der Tabellenentgelte um 6,5 Prozent inklusive einer sozialen Komponente sowie die Erhöhung der Ausbildungsentgelte um 100 Euro. Weitere Forderungen sind die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des materiellen Gehalts des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich, die Übernahme aller Auszubildenden im Länderbereich sowie die Schaffung einer Grundtarifizierung für Lehrkräfte.

Weitere Informationen gibt es online:

[www.dbb.de](http://www.dbb.de).

(02/07/13)

## **dbb: Familienfreundlichkeit in der Arbeitswelt muss besser geregelt werden**

**(dbb) Um größere Familienfreundlichkeit in der Arbeitswelt zu erreichen und so auch den Auswirkungen des demografischen Wandels wirksam zu begegnen, fordert der dbb bessere gesetzliche Regelungen. „Wer A sagt, muss auch B sagen“, stellte die stellvertretende Bundesvorsitzende des gewerkschaftlichen Dachverbandes Kirsten Lühmann dazu fest. Lühmann vertritt den dbb in der Arbeitsgruppe A zur Umsetzung der Demografiestrategie der Bundesregierung. Deren Unterarbeitsgruppe zum Thema „Zeitsouveränität erhöhen – zeitpolitische Initiativen in der Arbeitswelt“ kam am 14. Februar 2013 in Berlin zu einer Sitzung zusammen.**

Die dbb-Vize machte klar, dass ein Mehr an familienfreundlichen Rechten aber nicht auf dem Rücken der anderen Beschäftigten erreicht werden dürfe: „Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen.“ Lühmann weiter: „Unsere Position ist klar: Verringerung oder Erhöhung der Arbeitszeit müssen flexibler gestaltet werden können. Deshalb fordert der dbb seit langem tarifliche und gesetzliche Regelungen, die Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern.“ Möglichkeiten zur flexibleren Gestaltung des Arbeitszeitumfangs könnten auch mehr Männer veranlassen, ihre Arbeitszeit zu reduzieren, um familiären Verpflichtungen nachzukommen, zeigte sich die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende überzeugt. Zudem müsse Müttern und Vätern ein stärkeres Mitspracherecht bei der Lage ihrer Arbeitszeit eingeräumt werden. „Hier wird eine gesetzliche Regelung gebraucht, damit diese Rechte auch Beschäftigten gewährt wer-

den, deren Arbeitsverhältnis nicht unter einen Tarifvertrag fällt“, machte Lühmann klar.

Darüber hinaus sei zu überlegen, ob Beschäftigten nach der Elternzeit ein gesetzlicher Anspruch auf Rückkehr an ihren alten Arbeitsplatz einzuräumen ist, um so den Anteil von Müttern und Vätern zu erhöhen, die ins Berufsleben zurückkehren. Bislang sei dieser Anteil nicht zufriedenstellend.

Befristete Beschäftigungsverhältnisse müssten auf das absolut notwendige Maß beschränkt werden, forderte Lühmann. So müssten gesetzliche Vorschriften, die sachgrundlose Befristungen ermöglichen, ebenso gestrichen werden wie Befristungsgründe der Erprobung und der Zweckbindung von Haushaltsmitteln. Zudem sei eine gesetzliche Regelung notwendig, die stetig aufeinander folgende, befristete Arbeitsverhältnisse - so genannte Kettenbefris-

tungen - verhindert: „Was wir brauchen sind vielmehr normale Arbeitsverhältnisse, die den Beschäftigten Planungssicherheit und sozialen

Schutz sowie auskömmliche Einkommen sichern.“  
(03/07/13)

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

### **dbb rheinland-pfalz im Gespräch mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer**

**(dbb) Zu einem ersten Meinungs austausch haben sich am 15. Februar 2013 die neue Ministerpräsidentin Malu Dreyer sowie die Landesleitung des dbb rheinland-pfalz getroffen. Bei dem Gespräch in der Staatskanzlei standen unter anderem die laufende Tarifrunde für den öffentlichen Dienst der Länder, die Reform des finanziellen öffentlichen Dienstrechts, die Anhebung der Ruhestandsaltersgrenzen sowie das Erste Dienstrechtsänderungsgesetz zur Verbesserung der Haushaltssituation auf der Tagesordnung.**

Dreyer verwies auf die Zielvorgabe, jährlich rund 220 Millionen Euro einzusparen: „Bei der Haushaltskonsolidierung müssen wir auch die Personalkosten einbeziehen. Wir sind uns bewusst, welchen Beitrag die Beamtinnen und Beamten dazu leisten.“

Mit Blick auf die demografische Entwicklung betonten die dbb-Landesvorsitzende Lilli Lenz und Ministerpräsidentin Malu Dreyer die Bedeutung der Nachwuchsgewinnung für den

öffentlichen Dienst. Die Vorteile einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst müssten zielgruppenorientiert stärker herausgestellt werden. Eine Hauptforderung der Gewerkschaft ist eine attraktive und konkurrenzfähige Bezahlung. Lenz und Dreyer vereinbarten, dass dbb und Landesregierung bei allen Zukunftsfragen, die den öffentlichen Dienst betreffen, im sachorientierten Dialog bleiben.  
(04/07/13)

### **NBB von Koalitionsvertrag enttäuscht – Nachbesserungen gefordert**

**(dbb) Der Niedersächsische Beamtenbund NBB ist enttäuscht vom Koalitionsvertrag, dem SPD und Grüne am 16. Februar 2013 auf getrennten Parteitag in Hannover zugestimmt hatten.**

Der NBB-Landesvorsitzende Friedhelm Schäfer sagte, die Beschäftigten des Landes Niedersachsen und seiner Kommunen seien von der Vereinbarung enttäuscht. Zwar gebe es „den einen oder anderen guten Ansatz“, etwa im Bereich der Polizei und der Steuerverwaltung. Andere, zumindest missverständliche Positionen müssten aber revidiert werden.

Der NBB sei nicht gegen die angekündigte Aufgabenanalyse und –kritik. „Wir sind aber dagegen, dass dieses Vorhaben offenkundig nur einem Ziel dienen soll: der Haushaltsentlastung. Im Ergebnis bedeutet dies für die Beschäftigten eine weitere, nicht mehr hinnehmbare Arbeitsverdichtung und für die Bürgerinnen und Bürger noch weniger staatliche Daseinsvorsorge“, warnte Schäfer.

„Wir vermissen ein klares Bekenntnis dazu, dass auch künftig mindestens die zeitgleiche Übertragung des materiellen Gehalts des Abschlusses der Tarifverhandlungen für die Tarifbeschäftigten der Länder auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfänger/innen des Landes Niedersachsen und seiner Kommunen übertragen wird“, so Schäfer weiter. Zudem müsse damit begonnen werden, den seit 2005 bestehenden Einkommensrückstand der beamteten Beschäftigten in Niedersachsen von über acht Prozent abzubauen.

Am 20. Februar forderte der NBB den neuen niedersächsischen Finanzminister Peter-Jürgen Schneider auf, sich in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder dafür einzusetzen, dass in der dritten Verhandlungsrunde für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder ein konstruktives Angebot vorgelegt wird. Schäfer:

„Einen solchen Einsatz ist er den Tarifbeschäftigten unseres Landes schuldig.“ Nach der Tarifrunde müsse der materielle Gehalt des Ergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten,

Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes und der Kommunen übertragen werden.  
(05/07/13)

## Neues Gleichstellungsgesetz für Thüringens Verwaltung verabschiedet

**(dbb) In Thüringens Verwaltung sollen künftig 40 Prozent der Chefposten für Frauen reserviert sein. Zudem können auch Männer als Gleichstellungsbeauftragte eingesetzt werden. Das sind die beiden wichtigsten Neuerungen im Thüringer Gleichstellungsgesetz, das vom Thüringer Landtag am 14. Februar 2013 nach kontroverser Debatte beschlossen wurde.**

Zurzeit sind weniger als 10 Prozent der Staatssekretärposten, weniger als 15 Prozent der Referatsleitungen und nur knapp 25 Prozent der Abteilungsleitungen in den obersten Landesbehörden in Frauenhand. Das Gesetz sieht vor, dass künftig alle Behörden Pläne aufstellen, um mehr Frauen in die Verwaltungsspitzen zu bringen. Sollten die Ziele nicht erreicht werden, drohen Sanktionen. Die Pläne könnten auch eingeklagt werden. Außerdem soll mit dem neuen Gesetz die Position der Gleichstellungsbeauftragten gestärkt werden. Daneben räumt der Entwurf Gleichstellungsbeauftragten bessere Beteiligungsrechte bei-

spielsweise bei Einstellungen, Beförderungen und Versetzungen ein.

Die Frauen im Thüringer beamtenbund tbb hatten sich in der Vergangenheit mehrfach kritisch mit den vorgelegten Gesetzentwürfen befasst und sich für eine Stärkung der Rechte der Gleichstellungsbeauftragten eingesetzt. Christiane Scheler, Vorsitzende der tbb frauen, sagte: „Als große Stärkung der Position der Gleichstellungsbeauftragten sehen wir die Schaffung von Sanktionsmöglichkeiten sowie die Einführung eines Klagerechtes.“  
(06/07/13)

## dbb berlin: Senat muss Funktionsfähigkeit der Verwaltung sichern

**(dbb) Der dbb berlin erwartet, dass der Senat von Berlin die Übergangsförderung für die Ausbildung und Außeneinstellungen bereits im laufenden Haushaltsjahr 2013 regelt. Auch die Finanzierung in den Folgejahren bis zum Ende der Legislaturperiode müsse angesichts der dramatischen, altersbedingten Personalabgänge unbedingt gewährleistet werden. Diese Grundsatzforderung zur Haushaltsplanung hat der dbb berlin am 4. Februar 2013 in einem Schreiben an den Senator für Finanzen, Ulrich Nußbaum, gestellt.**

Die demografische Entwicklung in der Berliner Verwaltung bis zum Jahre 2018 sei besorgniserregend, weil der Berliner Senat immer noch an den im Januar 2012 beschlossenen Sparvorgaben für den Personalhaushalt festhält und die Voraussetzungen für die rechtzeitige Ausbildung und Einstellung von Nachwuchskräften bisher nicht geschaffen hat, erklärte der dbb berlin weiter.

Notwendig sei kurzfristig ein neues Personal- und Organisationsmanagement, um eine zeitgemäße Personalentwicklung zu ermöglichen und sowohl Tarifbeschäftigte als auch Beamtinnen und Beamten vor arbeitsmäßigen Überforderungen und dienstrechtlichen Einschnitten zu schützen.  
(07/07/13)

## Steuer-Gewerkschaft schlägt Maßnahmen gegen globale Steuertrickser vor

**(dbb) Der Vorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Thomas Eigenthaler, hält ein wirksames Vorgehen gegen Steuerschlupflöcher für internationale Großkonzerne nur für möglich, wenn die führenden Wirtschaftsmächte geschlossen agieren. Ansonsten sei die „ärgerliche und kaum bezwingbare“ moderne Form der Steuervermeidung durch**

**die so genannte Download-Industrie nicht in den Griff zu bekommen, sagte Eigenthaler am 18. Februar 2013 „Handelsblatt-Online“ „Hier muss es internationale Regeln geben und eine international festgelegte Fixierung einheitlicher Steuersätze“, betonte er.**

Wichtig sei ihm, dass es nicht nur die Unternehmen sind, die Interessen hätten, sondern eben auch die betroffenen Staaten. „Daher muss das Problem von dort gelöst werden“, sagte Eigenthaler, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist. „Eine Möglichkeit ist, die bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen um diese Download-Problematik zu erweitern.“ Jeder Staat habe ein Interesse an solchen Abkommen, so dass man das als Hebel benützen könne.

Hintergrund ist, dass multinationale Konzerne trotz hoher Gewinne Milliarden an Steuern sparen, da sie dank komplizierter Firmenkonstrukte weltweit legale Schlupflöcher nutzen. Sie schieben Gewinne für Geschäfte außerhalb ihrer Heimat über Staatsgrenzen hin und her, bis kaum noch etwas an den Fiskus abgeführt werden muss. Profiteure sind vor allem globale Technologiekonzerne.  
(08/07/13)

## **DPVKOM: Wir brauchen wirksame Lohnuntergrenzen**

**(dbb) „Es ist längst überfällig, dass die FDP ihre Blockadehaltung in Sachen Mindestlöhne nun endlich aufgibt und in dieser Frage einen Kurswechsel vollzieht. Dazu haben wir sie in zahlreichen Gesprächen immer wieder aufgefordert – offenbar mit Erfolg.“ Mit diesen Worten reagierte der Bundesvorsitzende der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM), Volker Geyer, am 20. Februar 2013 auf Äußerungen führender FDP-Politiker, wonach die FDP Lohnuntergrenzen in einzelnen Branchen nicht mehr prinzipiell ablehnt. Geyer weiter: „Immer mehr Arbeitnehmer können von ihrer Hände Arbeit nicht mehr leben. Das gilt auch für viele Beschäftigte in der Post- und Call-Center-Branche. Diese skandalösen Arbeitsbedingungen müssen jetzt schnellstens durch wirksame Lohnuntergrenzen beseitigt werden.“**

Der DPVKOM-Bundesvorsitzende fordert die schwarz-gelbe Bundesregierung auf, ihren Ankündigungen nun auch Taten folgen zu lassen: „Wir brauchen kein billiges Wahlkampfgetöse im Vorfeld der nahenden Bundestagswahl, sondern Mindestlöhne, die die Einkommensbedingungen der Beschäftigten spürbar verbessern. Dazu zählt ein branchenspezifischer Mindestlohn von 9,50 Euro für den Bereich der Call-Center und von 9,80 Euro für die Postbranche.“ Die insbesondere von der CDU/CSU geplante Einrichtung von Tarifkommissionen, in der Arbeitgeber und Gewerkschaften branchenspezifische Lohnuntergrenzen für bislang tarifvertragslose Bereiche festlegen, sei dabei sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung. Die bisherigen Erfahrungen hätten nämlich gezeigt, dass bereits vorhan-

dene Möglichkeiten zur Einführung von Mindestlöhnen nicht greifen. „Bestes Beispiel ist die Situation in der Call-Center-Branche. Hier hat die DPVKOM zusammen mit ihrem Dachverband dbb beamtenbund und tarifunion bislang als erste und einzige Gewerkschaft im Jahr 2009 einen Antrag auf Festsetzung eines Mindestarbeitsentgeltes von 9,50 Euro nach dem Mindestarbeitsbedingungengesetz gestellt. Dieser wurde im Jahr 2011 mit der Begründung abgelehnt, dass in dieser Branche keine sozialen Verwerfungen existieren. Das ist jedoch nachweislich falsch. So hat das Statistische Bundesamt vor Kurzem bekannt gegeben, dass rund 70 Prozent der Call-Center-Beschäftigten sogenannte Niedriglöhner sind“, so Geyer.  
(09/07/13)

## **VBE nennt Umgang mit Missbrauchsoffern „skandalös“**

**(dbb) Das Nichtzustandekommen des 100-Millionen-Euro-Hilfsfonds für Missbrauchsoffer hat der Bundesvorsitzende des VBE (Verband Bildung und Erziehung), Udo Beckmann, als „politischen Skandal von Bund und Ländern“ bezeichnet.**



Beckmann sagte am 20. Februar 2013: „Der VBE fordert schnelles und unmissverständliches Handeln der Politik. Es ist unverantwortlich, die Betroffenen seit mehr als einem Jahr hinzuhalten und diese mit ihren Traumata allein zu lassen.“ Auch müsse klar sein, dass das Schweigen der Politik ein schlimmes Signal an die Täter sei. Das Selbstlob der Politik verbiete sich.

Beckmann weiter: „Die positiven Ergebnisse des Runden Tisches ‚Sexueller Kindesmissbrauch‘ dürfen nicht länger konterkariert werden. Bund und Länder müssen unverzüglich

den 100-Millionen-Fonds auf den Weg bringen, um Missbrauchsoffer zu unterstützen, die durch die derzeitige Rechtslage keine Ansprüche mehr geltend machen können.“ Der VBE-Bundesvorsitzende verwies zudem auf das neu gefasste Opferschutzgesetz. „Seit Juni 2011 wird das wichtige Gesetzesvorhaben im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages abgelagert. Das ist völlig unakzeptabel. Die Zeit drängt umso mehr, da im September die nächste Bundestagswahl stattfindet. Die Politik muss ihr Wort einlösen und nicht brechen.“ (10/07/13)

## Philologenverband kritisiert Unehrllichkeit bei Sitzenbleiber-Debatte

**(dbb) Als „unehrlich und in keiner Weise zu Ende gedacht“ hat der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPHV), Heinz-Peter Meidinger, die Ankündigung von Bildungspolitikern und Landesregierungen bezeichnet, das Sitzenbleiben abschaffen zu wollen. „Wenn die Bildungspolitik die sowieso schon stark gesunkenen Sitzenbleiber-Quoten weiter verringern will, dann muss sie in massivem Ausmaß zusätzliche Ressourcen in die Schulen geben, um mehr Förderstunden und Kleingruppenunterricht zu ermöglichen“, so Meidinger am 19. Februar 2013. Das Pferd aber von hinten aufzuzäumen, also erst das Sitzenbleiben abzuschaffen und das dann schon als Erfolg zu feiern, sei unehrlich und gehe letztendlich auf Kosten der Qualität der Leistungen.**

Meidinger prophezeite bei einem Wiederholverbot für Schüler außerdem stark steigende Versagerquoten bei den Abschlussprüfungen, also etwa bei der Mittleren Reife oder dem Abitur, denn dort müsse dann Farbe bekannt werden – „es sei denn, in logischer Konsequenz wird verfügt, dass diese dann auch mit mehreren Fünfen und Sechsen bestanden werden können“.

Die Behauptung einzelner Bildungsforscher, es sei empirisch unstrittig, dass Sitzenbleiben den Schülern schade, sei nachweislich falsch, so Meidinger weiter. Die größte spezifische Sitzenbleiber-Studie in Deutschland, die 2004 vom Rheinisch-Westfälischen Institut für

Wirtschaftsforschung in Essen mithilfe einer Vergleichsgruppenbildung von Sitzenbleibern und Nichtsitzenbleibern bei 2.500 Schülerinnen und Schülern durchgeführt wurde, habe eindeutig ergeben, dass bei der großen Gruppe der Entwicklungsverzögerten das Sitzenbleiben die Chance, den angestrebten Schulabschluss zu erreichen, um 50 Prozent erhöhte.

Auch die Behauptung, außerhalb Deutschlands gebe es das Instrumentarium des Sitzenbleibens kaum, wies Meidinger als falsch zurück: „40 Prozent aller EU-Staaten verfahren ähnlich wie Deutschland.“ (11/07/13)

## BLBS fordert: Berufliche Schulen einbeziehen

**(dbb) Der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) hat die gemeinsame Initiative von Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Bundesagentur für Arbeit „AusBILDUNG wird was – Spätstarter gesucht“, die jungen Erwachsenen eine Chance auf Ausbildung einräumen soll, begrüßt.**

Zugleich warnte der BLBS jedoch am 18. Februar 2013 davor, auf eine "zerpflückte" Ausbildungsstruktur zu setzen. Verschiedenartigste

Modelle außerschulischer Bildungsträger hätten in den vergangenen Jahren gezeigt, dass es bei angelernten jungen Erwachsenen theore-

tisch hervorragend funktioniert, die in der Praxis erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten auf anerkannte Ausbildungsberufe anzurechnen. In der Umsetzung sei dies bisher aber nur in Ausnahmefällen realisierbar. Den Angelernten falle es in der Regel nicht schwer, sich die fehlenden Praxisinhalte "ihres ausgeübten angelernten Berufes" anzueignen. Große Schwierigkeiten gab es jedoch, wenn es um die dazugehörigen Theorieanteile ging.

Deshalb fordert der BLBS die beiden Aktionsbeteiligten auf, sich vor Beginn der Kampagne „AusBILDUNG wird was – Spätstarter gesucht“ mit der zuständigen Berufsschule ins Benehmen zu setzen. Es müsse vorab geklärt werden, in welcher Weise der für einen Ausbildungsberuf unabdingbare Theorieanteil erlernt werden kann, damit eine Berufsabschlussprüfung erfolgreich werden kann.  
(12/07/13)

## VDR für Erhalt der Pflichtwiederholung als pädagogische Option

**(dbb) Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) hat sich dafür ausgesprochen, die Pflichtwiederholung einer Jahrgangsstufe als pädagogische Option zu erhalten. VDR-Bundesvorsitzender Jürgen Böhm warnte am 17. Februar 2013 in diesem Zusammenhang vor „Leistungsfeindlichkeit, Vernachlässigung von Mindeststandards und Ökonomisierungstendenzen in der Bildung“.**

Statt sich mit wirklichen Problemen in der „Bildungsrepublik Deutschland“ werde in der aktuellen Debatte um die Abschaffung des Sitzenbleibens wieder einmal das Gespenst der Noten, der Pflichtwiederholung und hoher Kosten an die Wand gemalt. Mit dieser leistungsfeindlichen Einstellung kann man im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe nicht bestehen und wird langfristig im Mittelmaß enden“, sagte Böhm mit Blick auf die aktuelle Diskussion um die Abschaffung der Pflichtwiederholung einer Jahrgangsstufe.

Wenn man sich die nationalen Ergebnisse aller Bildungsstudien der vergangenen Jahre ansehe, so sei die Bildungsqualität in den Bundesländern am höchsten, die klar auf Leistungskomponenten setzen. Damit einher gingen gelungene Übergänge in das Berufsleben und erfolgreiche Erwerbsbiographien. In Bundesländern, in denen in den vergangenen Jahren die Leistungsansprüche deutlich gesenkt wurden, wie etwa in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, brachen über 30 Prozent der Auszubildenden ihre Berufsausbildung vorzeitig ab.  
(13/07/13)

## BDF zeichnet Solling als Waldgebiet des Jahres aus

**(dbb) Der Bund Deutscher Forstleute (BDF) zeichnet als Waldgebiet des Jahres 2013 den Solling (Niedersachsen) aus. Auf der Eröffnungsveranstaltung am 9. März wird der BDF-Bundesvorsitzende Hans Jacobs die Auszeichnung zum „Waldgebiet des Jahres 2013“ an Klaus Merker, Präsident der Niedersächsischen Landesforsten, für die Forstleute des Sollings überreichen.**

Die Mitarbeiter der Forstämter Neuhaus und Dassel werden ausgezeichnet, weil sie die Sollingwälder nachhaltig und ökologisch bewirtschaften, regional vermarkten und damit vielen Menschen einen sicheren Arbeitsplatz bieten.

Durch die Verwertung von 250.000 Kubikmeter des nachwachsenden Rohstoffes Holz, z.B. als Bauholz oder zur Möbelherstellung werden

jährlich rund 220.000 Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart. In Kooperation mit örtlichen Partnern wie etwa dem Naturpark Solling-Vogler bieten die niedersächsischen Landesforsten zahlreiche Informations- und Bildungsangebote. Dabei wird die Erholungsfunktion des Waldes gefördert und die regionale Wirtschaft mit Aufträgen gestützt, so der BDF.  
(14/07/13)



## Namen und Nachrichten

(dbb) Ein Demografiepakt in Mecklenburg-Vorpommern darf nicht erst in 50 Jahren umgesetzt werden. Diese Auffassung vertrat der Landesvorsitzende des dbb mecklenburg-vorpommern, **Dietmar Knecht**, am 13. Februar 2013 am Rande des „Politischen Aschermittwochs“ der CDU, zu dem Bundeskanzlerin Angela Merkel nach Demmin gekommen war. Knecht: „Der dbb m-v hat die Landesregierung früh auf die Problematik angesprochen und erwartet, dass den Worten nun Taten folgen. Unsere Arbeits- und Lebensbedingungen müssen gerade für junge Leute einem Vergleich mit den anderen Ländern standhalten. Nur so kann die immer noch vorhandene Abwanderung vermindert werden. Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, dass in den nächsten zehn Jahren ein Drittel der öffentlich Bediensteten in Rente oder Pension gehen, die müssen wir ersetzen können.“

Zu einem Meinungsaustausch haben sich der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb-Vize **Thomas Eigenthaler** und die Finanzministerin von Schleswig-Holstein, Monika Heinold, in Kiel getroffen. Eigenthaler wurde begleitet vom Vorsitzenden des DSTG-Landesverbandes Harn Thiessen. Die DSTG-Vertreter machten deutlich, dass gerade in der Finanzverwaltung die Anforderungen an den Einzelnen von Jahr zu Jahr höher geworden seien. Es wäre ein Ausdruck von Wertschätzung, dieses in einer leistungsgerechten Anpassung der Bezüge zum Ausdruck zu bringen. Tarifbeschäftigte und Beamtinnen und Beamte seien dabei gleich zu behandeln. Dies gelte umso mehr, als die Steuerverwaltung im Land zwischen Nord- und

Ostsee vor einer großen organisatorischen Veränderung stehe.

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hat am 15. Februar 2013 erneut die Usedomer Bäderbahn (UBB) bestreikt. Dabei fielen Zugleistungen ganz oder teilweise aus, teilte die **GDL** mit. Das Verständnis der Reisenden für die Arbeitskämpfe sei weiterhin vorhanden. Unterbreite die UBB kein Tarifangebot, sind erneute Streiks unausweichlich, so die Gewerkschaft.

Die Bundesbildungsministerin Johanna Wanka sollte sich aus Sicht des Deutschen Philologenverbandes (DPhV) von der Eliteförderung ihrer Vorgängerin Annette Schavan verabschieden. DPhV-Bundesvorsitzender **Heinz-Peter Meidinger** rief Wanka in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Ausgabe vom 13. Februar 2013) dazu auf, die Breitenförderung von Hochschulen nicht länger zu vernachlässigen. Deutschland verfüge über eine große Zahl von Universitäten mit hoher Qualität. Dies müsse die Bundesregierung sichern, sagte Meidinger. Er bezeichnete es als richtig, dass Schavan die Eliteförderung angeschoben habe, damit Deutschland Anschluss an die internationale Spitzenforschung bekomme. „Aber jetzt ist es Zeit, die Blickrichtung wieder zu ändern und die Hochschulen in voller Breite zu unterstützen.“ Es dürften in Deutschland keine Verhältnisse entstehen wie in den USA, mit wenigen Spitzen-Unis und vielen miserablen Hochschulen. Auch Universitäten, die knapp die Aufnahme in Schavans Exzellenzinitiative verpasst hätten, müssten künftig verstärkt von Forschungsmitteln des Bundes profitieren. (15/07/13)